Zeitschrift: ASMZ : Sicherheit Schweiz : Allgemeine schweizerische Militärzeitschrift

Herausgeber: Schweizerische Offiziersgesellschaft

Band: 160 (1994)

Heft: 1

Rubrik: Internationale Nachrichten

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 13.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Deutschland

Diskussion über friedenserhaltende und friedensschaffende Einsätze der Bundeswehr

Die Positionen der grossen Parteien haben sich nicht grundlegend geändert. Die CDU hält heute schon friedensschaffende Massnahmen der Bundeswehr für verfassungskonform, weil sie dem Artikel 24 (Übertragung von Hoheitsrechten auf zwischenstaatliche Einrichtungen durch Bundesgesetz und Beitritt zu einem System kollektiver Sicherheit) Vorrang vor dem Artikel 87a einräumt. Die FDP hält eine Grundgesetzänderung für erforderlich und will sie im Sinne friedensschaffender Massnahmen mittragen. Die Koalition hat sich auf eine klärende Grundgesetzerweiterung verständigt. Die SPD ist weiterhin dreigeteilt. Der linke Flügel lehnt jeglichen Einsatz ausserhalb des Artikels 87a ab, eine Mehrheit ist für reine Blauhelmeinsätze zur Aufrechterhaltung des Friedens auf Antrag der Konfliktparteien. Eine starke Minderheit ist für eine Grundgesetzänderung im Sinne einer Teilnahmemöglichkeit an friedensschaffenden Massnahmen.

Wahrscheinlich wird das Bundesverfassungsgericht mit Auflagen die Verfassungsmässigkeit von UNO-Einsätzen zur Friedensstiftung bestätigen. Die meisten Staatsrechtler teilen diese Auffassung. Die Urteile des Bundesverfassungsgerichtes, die in Sachen AWACS- und Somalia-Einsatz der Bundeswehr ergangen sind, könnten darauf hinweisen.

Somalia-Einsatz eines Bundeswehrkontingentes

Der Somalia-Einsatz von Bundeswehreinheiten hat in seinem humanitären Teil einen vollen Erfolg gebracht, seine politischen Ziele konnten nicht erreicht werden. Die indische Brigade, die von dem deutschen Kontingent versorgt werden sollte, ist nie eingetroffen, ein voller Ersatz hierfür nicht gefunden worden. Die US-Streitkräfte werden im März 1994 abgezogen, die Logistiktruppen schon im Januar 1993. Damit entfällt die Versorgung des Bundeswehrkontingentes, weil sie laut Auftrag nur im befriedeten Territorium operieren darf und Mogadischu, wo die Versorgungsgüter abgeholt werden müssten, nicht befriedet ist. Über den Termin des Abzugs der deutschen Soldaten hat sich zwischen dem Aussenminister und dem Verteidigungsminister ein öffentlicher Streit entwickelt. Der Aussenminister möchte das deutsche Kontingent nur in Abstimmung mit den Vereinten Nationen, die an einem weiteren Aufenthalt der Deutschen interessiert sind, zurückbeordern. Der Verteidigungsminister sieht die Grundlage des Auftrages gefährdet, wenn die amerikanischen Versorgungstruppen abgerückt sind. Inzwischen hat er Kompromissbereitschaft angedeutet, indem er erklärte, die Deutschen werden nicht fluchtartig Somalia verlassen, aber auch nicht als letzte gehen.

Im Bereich der Gebirgsdivision ist eine komplette Ablösungskomponente besichtigt und verabschiedet worden. Der Befehl, die Ablösung durchzuführen, ist aber noch nicht erfolgt.

Die Sicherheit der Soldaten und die Verlässlichkeit Deutschlands als Kanditat für eine ständige Sicherheitsrat-Mitgliedschaft stehen im Widerstreit. Tp

Zur Beschaffung von Luftabwehrsystemen PATRIOT

Die Beschaffung und einführung von PATRIOT-Systemen für die deutsche Bundeswehr geht planmässig vor sich. Im Rahmen der deutsch-amerikanischen Vereinbarungen sollen wie geplant beschafft werden:

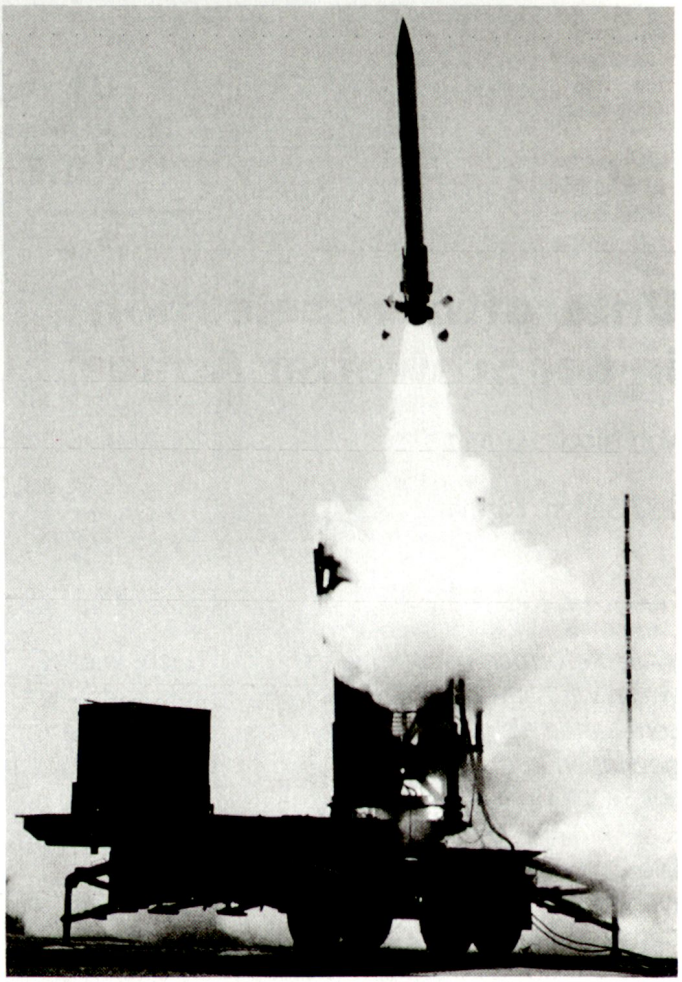
– 14 Feuereinheiten über Regierungskauf aus den USA, wobei das sogenannte Beistellgerät (Komponenten für Führung, Nachladefahrzeuge, Stromerzeugungs-Aggregate usw.) in Deutschland produziert wird.

– Beistellgerät aus deutscher Produktion für 14 Feuereinheiten, die von den US-Truppen in Europa an die Bundeswehr abgetreten werden.

– Deutsches Beistellgerät für 12 amerikanische Feuereinheiten, die fortan von der deutschen Luftwaffe betrieben werden.

Diese insgesamt 40 PATRIOT-Feuereinheiten (Batterien) stehen gegenwärtig in Deutschland. Allerdings ist die definitive Endstationierung noch nicht vollumfänglich realisiert. Es ist beabsichtigt, die dafür erforderlichen Infrastrukturmassnahmen – insbesondere auch in den neuen Bundesländern – im Zeitraum von 1993 bis 2003 zu realisieren. Die Abwicklung der bisherigen Beschaffungen soll übrigens reibungslos abgelaufen sein. Gleichzeitig mit dem Aufbau der Infrastruktur werden auch die Arbeiten zur Herstellung der vollen Einsatzbereitschaft zu Ende geführt.

Das amerikanische Heer forciert gegenwärtig am PATRIOT-System eine Reihe von Systemverbesserungen, die aufgrund der Erfahrungen im Golfkrieg notwendig erschei-



An der Weiterentwicklung von PATRIOT wird gearbeitet. Versuchsabschuss des neuen Flugkörpers ERINT (Extendes-Range-Interceptor) aus einem PATRIOT-Werfersystem.

Folgende Länder rüsten ihre Streitkräfte mit PATRIOT-Systemen aus:

Deutschland	**320 Werfer**	**40 Batterien**
Israel	**16 Werfer**	**2 Batterien**
Italien	**100 Werfer**	**20 Batterien**
Japan	**130 Werfer**	**26 Batterien**
Niederlande	**64 Werfer**	**8 Batterien**
Saudi-Arabien	**36 Werfer**	**6 Batterien**
USA	**480 Werfer**	**80 Batterien**
Grossbritannien	–	

Bemerkungen:

– In Italien verzögert sich die Beschaffung wegen Finanzproblemen,

– Grossbritannien will Ende der 90er Jahre seine Bloodhound-Lenkwaffen durch PATRIOT ersetzen (Beschaffungsumfang noch nicht beschlossen),

– Saudi-Arabien erwägt die Beschaffung weiterer Systeme.

nen. Unter der Bezeichnung PAC-3 (PATRIOT Advanced Capabilities) wird dieses Abwehrsystem kampfwertgesteigert, wobei eine verbesserte Einsatzfähigkeit gegen ballistische Flugkörper angestrebt wird. Gegenwärtig prüft die deutsche Luftwaffe, welche dieser Modifikationen für die Bundeswehr zu übernehmen sind. Neben den operationellen Verbesserungen werden aber auch das gemeinsame Bauzustandsmanagement und die damit verbundene Betriebskostenbegrenzung untersucht. Zudem sind Änderungen an Fernmelde-/Elektronikkomponenten des deutschen Beistellgeräts notwendig, um mittel- und langfristig die Softwarekompatibilität mit den amerikanischen Systemen im Rahmen des gemeinsamen Bauzustandsmanagement zu erhalten und die Führungsfähigkeit der deutschen PATRIOT-Systeme für jeden denkbaren Einsatz zu ermöglichen.

Die erforderlichen Änderungsmassnahmen sollen später in einem Programm zur Kampfwertanpassung (KWA PATRIOT) verwirklicht werden. hg

Israel

Weiterentwicklung des Raketenabwehrsystems ARROW ist in Frage gestellt

Die irakischen Raketenangriffe im Golfkrieg haben die Notwendigkeit von Flugkörperabwehrsystemen deutlich vor Augen geführt. Heute sind wiederum verschiedene Staaten im Nahen/Mittleren Osten daran, eigene ballistische Lenkwaffensysteme aufzustellen. Daneben wird von diversen Drittweltstaaten ein vermehrtes Interesse an Marschflugkörpern gezeigt. Israel hat diese zunehmende Bedrohung durch Flugkörper unterschiedlicher Typen bereits frühzeitig erkannt und Mitte der achtziger Jahre mit der Entwicklung von Raketenabwehrsystemen begonnen. Beim System ARROW handelt es sich um eine Gemeinschaftsentwicklung zwischen den USA und Israel, wobei die Amerikaner zirka 70 Prozent der bisherigen Entwicklungskosten finanziert haben. Die technische Federführung liegt aber trotzdem auf israelischer Seite, wobei hier insbesondere die Firmengruppe «Israel Aircraft Industries (IAI)» involviert ist. Die Einsatzbereitschaft des ARROW-Systems sollte gemäss früheren Planungen bis 1998 erreicht sein, wobei auch Pläne für einen Verkauf dieses Systems vorhanden sind.

Von den insgesamt sechs Versuchsabschüssen, die seit August 1990 vorgenommen wurden, ist bisher lediglich einer erfolgreich gewesen. Der letzte Test erfolgte Mitte Oktober 1993, wobei damals trotz optimaler Annäherung der Abwehrrakete an den Zielflugkörper die Zündung des Gefechtskopfes nicht funktionierte. Dieser Testabschuss erfolgte wiederum ab einem israelischen Schiff. Der bisher einzige erfolgreiche Test fand im September 1992 statt.

Unterdessen haben sich die kritischen Stimmen, die einen Abbruch dieses Entwicklungsprojektes verlangen, verstärkt. Dabei wird von israelischen Kritikern vor allem auf die enormen Kosten hingewiesen, die eine solche Entwicklung verschlingt. Geld, das heute wegen der prekären Finanzlage bei anderen ebenfalls wichtigen Waffenprojekten fehle, so wird argumentiert. Eine wesentlich günstigere Variante wäre z. B. die Beschaffung weiterer Patriot-Systeme direkt aus den USA mit gleichzeitiger Beteiligung an den laufenden Kampfwertsteigerungsmassnahmen.

Gemäss einem Sprecher der Firma IAI soll aber an der Fortführung des Entwicklungsprojektes ARROW festgehalten werden. Der nächste Versuchsabschuss soll bereits in diesem Frühjahr stattfinden. Zudem wird zusammen mit US-Spezialisten intensiv an der weiter verbesserten Version ARROW-2 gearbeitet. Gemäss amerikanischen Angaben sollen zudem alle Erkenntnisse aus der ARROW-Entwicklung in die Patriot-Modernisierung (PAC-3) einfliessen. Dies dürfte auch der Grund sein, dass eine weitere finanzielle Unterstützung durch die USA bis 1996 zugesichert ist. hg

USA

Die US Army in Italien

Bei der SETAF (Southern European Task Force) handelt es sich um die in Italien stationierten Verbände der US-Army. Ende 1993 umfasste die in eine operative und logistische Komponente unterteilte Streitmacht 2283 Angehörige beider Geschlechter.

Zum operativen Teil gehören:
- das Infantry-(Airborne-)Bataillon 3/335 und
- die Delta-Batterie der 391. Artillerieabteilung in Vicenza.

Die logistische Komponente umfasst:
- das 8. Unterstützungs-Bataillon in Camp Darby bei Livorno,
- die 22. Unterstützungsgruppe in Vicenza, der u.a. auch Lufttransporteinheiten des Heeres angehören.

Die Zusammenarbeit mit anderen Kommandostellen (z.B. USAREUR und den Führungsstellen der italienischen Streitkräfte) wird durch Verbindungsoffiziere, die im Stab der SETAF integriert sind, gewährleistet.

Organisationsstruktur und Aufgaben der SETAF werden laufend angepasst: Vorgesehen ist die Bildung eines Brigadestabes, dem die wesentlichen Teile der verfügbaren Truppen der SETAF unterstellt werden. Dem Brigadestab sollen die operative Planung, die Ausbildung und der Aufmarsch der Truppen obliegen. Zudem soll die Integration weiterer Verstärkungen, sei es aus den USA oder aus dem Ausland, besser ermöglicht werden.

In der italienischen Zeitschrift «Panorama Difesa» erschien kürzlich ein Interview mit US General D. Baratto, dem amerikanischen Kommandanten der SETAF, dem wir die folgenden Angaben entnehmen.

Das SETAF-Fallschirmjäger-Bataillon (3/335 Infantry Airborne) ist das grösste der ganzen US Army (1000 Mann), da es selbständig operieren oder in einen multinationalen Verband eingegliedert werden kann. Es verfügt deshalb über eine Geniekomponente, über Sanitätstruppen, über eine Artillerie-Batterie mit sechs 105-mm-Geschützen und ist in der Lage, einen Brückenkopf zu bilden und zu halten, bis umfangreichere Kräfte an Ort und Stelle sind.

Spezialhelikopter UH-60 für Sanitätstransporte bei der Landung auf Camp Darby/Livorno. Sie kommen aus Deutschland und fliegen nach Somalia weiter.

Die zweite Aufgabe des SETAF ist eng verknüpft mit Camp Darby. Dort unterhalten die USA Materialdepots, um die rasche Einsatzbereitschaft auf bestimmten Kriegsschauplätzen sicherzustellen. Diese Ausrüstung entspricht Kompaniestärke, aber zusammen reicht sie für eine ganze Brigade samt Genie- und Sanitätsunterstützungselementen. Dieses Standardmaterial passt für jeglichen Brigadetypus und ist innert zwei bis drei Tagen einsatzbereit, seine Verwendung unterliegt aber der Zustimmung des betreffenden Lagerlandes (in diesem Fall Italiens).

Die dritte Aufgabe der SETAF ist die Unterstützung der US-Basen in Italien, was die Infrastruktur und die Verwaltung betrifft.

Die Bedeutung der SETAF im Rahmen der US-Streitkräfte in Europa ist im Steigen begriffen. Ein mögliches zukünftiges Szenario wird nicht nur US-Truppen umfassen. Deshalb müssen die USA in der Lage sein, fremde Potentiale auf dem Gefechtsfeld besser beurteilen zu können. Die Ausbildung in Richtung Interoperabilität wird verstärkt werden: Es gehe zum Beispiel um den Vergleich der Lagebeurteilung nach US-Muster und demjenigen anderer Nationen, die auf demselben Kriegsschauplatz eingesetzt sind. In Zukunft müssten die Militärs radikal umdenken, da die Kräfte viel flexibler eingesetzt werden müssten, ohne die Bedürfnisse multinationaler Organisationen oder nichtgouvernementaler Institutionen bei humanitären Einsätzen zu vernachlässigen. Es gehe darum festzustellen, wie gute Arbeit vereinfacht werden könne, um Doppelspurigkeiten in ein und demselben Raum zu vermeiden. Was die Zusammenarbeit mit italienischen Truppen anbelangt, so fanden bisher offenbar gemeinsame Übungen vor allem auf taktischer Ebene statt. Nun gehe es darum, engere Kontakte im Nachrichtenbereich zu schaffen, um dann bei Übungen Stabsangehörige auszutauschen.

Einen gewissen Vorsprung besässen die Amerikaner auf dem Gebiete der Simulation sowie bei den digitalisierten Karten möglicher Einsatzräume, wo die vielen Terminals gute Übungsmöglichkeiten bieten.

Sehr nützlich waren die Ratschläge der Amerikaner, als italienische Militärs ihren Somalia-Einsatz und die Mozambique-Mission planten. Derartige Bande könne mit solcher Intensität nur in Krisenzeiten, nicht am Schreibtisch oder in der Ausbildung entstehen. Gegenseitiges Vertrauen ist die Basis jeglicher Koalition: Der «Koalitionskrieg» wird vermutlich die dominierende Komponente der Zukunft sein, da keine einzelne Nation alle Truppen, die ganze Logistik und die nötige Unterstützung alleine wird liefern können.

Übrigens: Die SETAF wurde 1990–1993 um einen Drittel reduziert. Die Artillerie-Einheiten mit A-Munition wurden nämlich aus Italien, Griechenland und der Türkei in die USA zurückverlegt. Der frühere Gesamtbestand lag bei zirka 3300 Mann. Aber auch die verbleibenden 2200 Armeeangehörigen stellen volkswirtschaftlich für Italien einen namhaften Faktor dar, investiert die US-Regierung für die SETAF zirka 235 Millionen Franken jährlich. Über 1300 italienische Zivilangestellte finden dort ihr Brot; zirka 2350 Wohnungen werden durch SETAF-Familien belegt. In Vicenza und in Livorno gibt es zahlreiche Initiativen auf sozio-kultureller Ebene, wobei die lokale Bevölkerung miteinbezogen wird. Bt

Russland

Neue Militärdoktrin der russischen Förderation

Letzten November veröffentlichten Presse, Rundfunk und Fernsehen wesentliche Ausschnitte einer neuen Militärdoktrin für die russische Förderation. Obwohl bis heute noch keine offizielle Bewertung hierüber vorliegt, entstand eine lebhafte Diskussion. Einige in hoher Funktion stehende Politiker äusserten in der Öffentlichkeit ihre persönliche Meinung. Im Vordergrund stand der Tatbestand, dass Russland den Erstschlag von Atomwaffen nicht ausschliesse. In Vorträgen anlässlich eines Kolloquiums der Studiengesellschaft Public Relations in Bonn am 15. November 1993 äusserten sich alle Redner in ihren sicherheitspolitischen Vorträgen übereinstimmend über die Nichtausschliessung des Ersteinsatzes von Atomwaffen. Dies sei eine Verschlechterung der sicherheitspolitischen Lage und eine Abkehr von der Erklärung Breschnews, die Sowjetunion werde niemals zuerst Atomwaffen einsetzen. In der Diskussion hierüber wurde schon darauf hingewiesen, die Erwägung des Erstschlages müsse im Zusammenhang mit dem ganzen Konzept bewertet werden. Dieses habe unverkennbare Ähnlichkeiten mit der alten NATO-Strategie, die ab 1962 die Strategie der massiven Vergeltung abgelöst hat, der «Flexible Response». In der Tat schält sich in der Diskussion hierüber immer mehr folgendes heraus:

– die Ähnlichkeit mit der «Flexible Response»,
– die Betonung einer defensiven Strategie mit Verzicht auf strategische Offensivkapazitäten,
– die Absicht einer militärstrategischen Abschreckung unter Vorbehalt des Ersteinsatzes von Atomwaffen, falls konventionelle Mittel nicht ausreichen sollten,
– der Verzicht auf Ersteinsatz von Atomwaffen als «Enthauptungsschlag» und
– Bewertung der Atomwaffen als politische Waffen und Mittel der Abschreckung, nicht als Kriegführungswaffe.

Inzwischen war eine russische Delegation höherer Offiziere, von denen einige an der neuen Doktrin mitgearbeitet haben, zu erläuternden Gesprächen in Bonn.

Die von den russischen Offizieren gemachten Erläuterungen sind, wie oben dargestellt, auch von deutschen Teilnehmern, unter ihnen ein ehemaliger Generalinspekteur der Bundeswehr, als wahrscheinlich realistisch beurteilt worden. Der Rezensent teilt diese Einschätzung. Breschnews Verzicht auf den Erstschlag war 1. Propaganda, und 2. stimmte sie mit der sowjetischen Militärdoktrin der strategischen «Offensivverteidigung» überein. Westeuropa sollte mit der dreifachen Überlegenheit an konventiellen Kriegsmitteln in Kürze überrannt werden. Die Sowjetunion fürchtete nichts mehr als atomare Gefechtsfeldwaffen, deren Einsatz den grössten Teil ihrer Überlegenheit neutralisiert und die notwendige Konzentration der Kräfte nicht zugelassen hätte. Eine endgültige Beurteilung der neuen russischen Doktrin wird aber erst möglich sein, wenn Stärke und Ausrüstung zukünftiger russischer Streitkräfte erkennbar sind. Tp.

Ukraine

Zum Aufbau der ukrainischen Landstreitkräfte

Mit der unabhängigen Ukraine entstand flächenmässig der zweitgrösste (nach Russland) Staat in Europa. Innerhalb der GUS ist die Ukraine seit 1991 für eigene Streitkräfte eingetreten. Im Verlaufe des Jahres 1992 ist mit der Definition einer eigenen Verteidigungsdoktrin sowie mit der Strukturierung ukrainischer Streitkräfte begonnen worden. Grundsätzlich wurden alle Teilstreitkräfte (Land-, Luft- und Marinestreitkräfte) der Ukraine aus den Truppenteilen und Stäben der ehemaligen sowjetischen Verbände aus den Militärbezirken Kiev, Karpaten und Odessa gebildet. Übernommen wurden dabei etwa 5 Armeen mit insgesamt 20 Divisionen (5 Panzer- und 15 Mot Schützendivisionen). Dazu kamen 1 Luftlandedivision (98. Division in der Nähe von Odessa) sowie mindestens 2 Artilleriedivisionen und weitere selbständige Verbände. Der Gesamtbestand der übernommenen Truppen soll ursprünglich weit über 500 000 Mann betragen haben.

Die ukrainischen Landstreitkräfte dürften heute über etwa folgende Mittel verfügen:
– ca. 330 000 Mann,
– 6200 Kampfpanzer, darunter auch neueste Typen,

CFE-Limiten für die Ukraine

4080	Kampfpanzer
5050	gepanzerte Kampffahrzeuge
4040	Artilleriegeschütze
330	Helikopter
1090	Kampfflugzeuge

– rund 8000 Schützenpanzer,
– ca. 3500 Artilleriegeschütze,
– ca. 500 Helikopter, davon 300 Kampfhelikopter,
– über 1000 Kampfflugzeuge.

Das Verteidigungsministerium mit dem Führungsstab der Streitkräfte ist bereits 1992 aus dem früheren Stab des Militärbezirkes Kiev entstanden. Dem ukrainischen Verteidigungsminister, Generaloberst Ivan Bizhan, sind alle drei Teilstreitkräfte (Heer, Marine und Luftwaffe) unterstellt.

Über die zukünftige Gliederung der Landstreitkräfte herrscht immer noch Unklarheit: Die bisherigen Diskussionen befassten sich primär mit der Zukunft der Marinestreitkräfte (Schwarzmeerflotte) sowie dem künftigen Status der übernommenen Nuklarstreitmacht. Allerdings hat die ukrainische Führung mehrmals darauf hingewiesen, dass die Streitkräfte, insbesondere auch die überdimensionierten Landstreitkräfte, stark reduziert werden sollen: In einem ersten Schritt auf 450 000 (auf Ende 1994) und anschliessend auf noch ca. 220 000 (bis 1998). Im Gegensatz dazu sollen die Grenztruppen (heute ca. 20 000) auf das Doppelte aufgestockt werden.

Bei den Landstreitkräften zeichnet sich wie bei anderen osteuropäischen Armeen ein Wechsel zur Korps-Brigadestruktur ab. Die umfassende Reorganisation soll eine generelle Modernisierung und verbesserte Mobilität bei gleichzeitiger Reduktion der Truppenverbände zum Ziele haben. In erster Priorität sollen die Armeen/Divisionen des Militärbezirkes Odessa umgegliedert werden.

Zudem beabsichtigt die militärische Führung eine Professionalisierung innerhalb der Streitkräfte. Wie weit dies zukünftig zu einer Berufsarmee führen wird, bleibt gegenwärtig noch unklar.

Vorderhand wird allerdings an der allgemeinen Wehrpflicht festgehalten, wobei die Dienstzeit von früher 18 auf noch 12 Monate hinuntergesetzt wurde. Doch auch die Ukraine hat – wie übrigens alle Staaten der ehemaligen Sowjetunion – Probleme bei der Durchsetzung der Einrückungspflicht für Wehrdienstleistende.

Der erste Entwurf für eine neue Einsatzdoktrin, formuliert durch das Verteidigungsministerium in Kiev, wurde vom Parlament bisher nicht akzeptiert. Es scheint, dass sich die Ukraine mit der Formulierung einer eigenen Verteidigungsstrategie und -doktrin für die Armee sowie auch mit der Definierung neuer Streitkräftestrukturen schwer tut. hg

Zur Ausrüstung der ukrainischen Landstreitkräfte gehören auch modernste Waffensysteme wie Kampfpanzer T-80UD.

Ungarn

Modernisierung der Luftwaffe

Mitte November des letzten Jahres wurden den ungarischen Luftstreitkräften die letzten 12 von insgesamt 28 Mehrzweck-Kampfflugzeugen MiG-29 Fulcrum geliefert. Diese Flugzeugbeschaffung hatte sich zu Beginn des Jahres 1993 abgezeichnet, als sich Russland bereiterklärte, im Rahmen der laufenden Schuldentilgungen diese in russischen Depots abgestellten Kampfflugzeuge an Ungarn abzugeben.

Die ungarischen Luftstreitkräfte verfügen über 28 neue MiG-29; daneben über Kampfflugzeuge MiG-21 und MiG-23, die teilweise modernisiert werden sollen.

Im Lieferabkommen mit Russland ist festgehalten, dass an den gelieferten Kampfflugzeugen innerhalb eines Jahres keinerlei Modifikationen vorgenommen werden dürfen. Gemäss ungarischen Planungen sollen aber die neu in Dienst gestellten Fulcrum-Maschinen mit amerikanischen IFF-Systemen ausgerüstet werden. Eine Umrüstung, die aus diesem Grunde erst ab November 1994 anlaufen kann. Die von den USA bereits gelieferten IFF-Geräte werden unterdessen in den noch im Dienst stehenden älteren Flugzeugen der Typen MiG-21 Fishbed und MiG-23 Flogger genutzt und im Einsatz ausgetestet. Nach Umrüstung der MiG-29 soll ab Herbst dieses Jahres mindestens ein Teil der veralteten MiG-21 ausgemustert werden.

Ein kleiner Teil der MiG-21 sowie das Gros der MiG-23 soll einem Kampfwertsteigerungsprogramm unterzogen werden, wobei diese Umrüstung vermutlich durch die israelische Firma IAI (Israel Aircraft Industries) vorgenommen wird. Entsprechende Verhandlungen zwischen Ungarn und Israel sind im Gange. Das israelische Programm zur Kampfwertsteigerung ehemaliger sowjetischer Kampfflugzeuge sieht umfassende Veränderungen vor. Diese beinhalten im wesentlichen eine Triebwerkerneuerung, die Integration eines neuen Cockpits mit neuer Elektronik und verbesserter Instrumentierung inkl. GPS-Navigationssystem. Dadurch wird der Einsatz moderner Luftbewaffnung, die auch aus westlicher Produktion stammen kann, ermöglicht. Die Firma IAI bietet seit einiger Zeit entsprechende Modernisierungsprogramme auf dem Weltmarkt an. Bereits haben sich auch andere Länder (u.a. Indien), die ebenfalls noch über ältere Kampfflugzeuge aus früherer sowjetischer Produktion verfügen, für dieses Programm interessiert. Zudem hat Rumänien bereits im letzten Jahr mit der IAI einen Vertrag zwecks Überholung der rumänischen Fishbed-Maschinen abgeschlossen.

Gemäss Aussagen des ungarischen Verteidigungsministeriums war die Beschaffung von MiG-29 militärisch nicht eingeplant, sondern ein ausschliesslich politischer Entscheid. Die Militärs hatten sich früher verschiedentlich für eine Beschaffung westlicher Flugzeuge, z.B. von amerikanischen F-16, ausgesprochen.

Das Beispiel Ungarn zeigt aber deutlich auf, dass Umstellungen auf westliche Rüstungsgüter in den ehemaligen Staaten des WAPA aus wirtschaftlichen und politischen Gründen kurzfristig kaum realisierbar sind. hg ■